

2018

2. Finanz- und Controllingbericht



Kreis Bergstraße

31.08.2018

Vorbemerkungen zum Finanzteil des Berichts

Nach § 28 (1) GemHVO ist der Kreisausschuss verpflichtet, dem Kreistag mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten. Diese Unterrichtung erfolgt seit 2008 durch zwei Finanz- und Controllingberichte je Haushaltsjahr. Im Finanzteil des vorliegenden Berichts wird im Ergebnishaushalt auf Gesamthaushaltsebene sowie auf der Ebene der Teilhaushalte die jeweilige Entwicklung des Haushaltsvollzugs zum 31.08.2018 abgebildet und eine Prognose zum Ende des Haushaltsjahres 2018 abgegeben. Die Prognose basiert auf der Einschätzung der Produktverantwortlichen. Hierzu wurden die Produktverantwortlichen gebeten, bereits absehbare, haushaltswirksame Veränderungen, die 10 T€ je Produkt und Aufwands- bzw. Ertragsart überschreiten, mitzuteilen. Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, die Versorgungsaufwendungen und die Abschreibungen werden erst am Jahresende gebucht. Um eine realistischere Auswertung des Gesamtergebnisses zu gewährleisten, wurde bei diesen Positionen (kalkulatorisch) ein Buchungsstand zum 31.08.2018 unterstellt, der exakt 2/3 des Ansatzes entspricht. Beim Finanzhaushalt wurden die Investitionen und die Kreditaufnahme dargestellt. Außerdem wird über die seit Jahresbeginn aufgenommen Kredite und abgeschlossenen Derivativen Finanzinstrumente berichtet. Des Weiteren sind im Rahmen der Berichterstattung zum Kommunalen Schutzschirm die Veränderungen nach Produktbereichen gegliedert separat dargestellt. Ferner wird i. R. des Forderungswesens unter Teilhaushalt 1 über Forderungen des Kreises in der Vollstreckung sowie die Einnahmen aus der zentralen Rückstandsdatei für das Zulassungswesen berichtet.

Vorbemerkungen zum Controllingteil des Berichts

Zu 25 der 70 Produkte im Haushaltsplan 2018 wurden 41 Ziele mit 46 Kennzahlen (i.d.R. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung) definiert. Im Nachfolgenden sind diese Produkte, Ziele und Kennzahlen mit ihren derzeitigen und prognostizierten Zielerreichungsgraden wie folgt dargestellt:

- Ist = Wert zum Abfragezeitpunkt 31. August 2018
- Prognose = gemäß Einschätzung der Produktverantwortlichen zum 31.12.2018 voraussichtlich erreichter Zielerreichungsgrad
- Monitor = Einschätzung des Abweichungsgrades sowie des Steuerungsbedarfs:
 - Monitor "weiß": Verbesserung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich erreicht oder übererfüllt; Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich (bei 35 Kennzahlen = 76 %)
 - Monitor "grau": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch nicht möglich oder bereits durch die Produktverantwortlichen ergriffen (bei 10 Kennzahlen = 22 %)
 - Monitor "schwarz": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch noch möglich, ggfs. auch durch die Kreisgremien (bei 1 Kennzahl = 2 %).

Zum Zweck der Vergleichbarkeit und Orientierung enthält der Controllingbericht neben den Daten aus dem 1. diesjährigen Controllingbericht jeweils die Daten aus den Jahresabschlüssen 2009 - 2017 incl. jeweiliger Abweichung Plan/Ist (in Kursivdruck), soweit die Ziele bzw. Kennzahlen im jeweiligen Haushaltsjahr bereits bestanden. Sofern Kennzahlen in %-Werten (Verhältniskennzahlen) angeben sind, erfolgt zudem eine gesonderte Darstellung der absoluten Zahlen (Zähler / Nenner), beschränkt jedoch auf die Daten des aktuellen Controllingberichts.

Gesamtergebnishaushalt

Pos.	Beschreibung	Ansatz Haushalt 2018	Prognose zum 31.12.2018	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 31.08.2018	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-41.400	-36.669	4.731	-11,4%	-29.292	70,8%
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-10.703.800	-19.166.950	-8.463.150	79,1%	-12.772.876	119,3%
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-14.655.658	-12.686.690	1.968.968	-13,4%	-3.969.473	27,1%
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen						
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-204.080.000	-204.080.000	0	0,0%	-140.249.356	68,7%
06	Erträge aus Tranferleistungen	-103.108.797	-89.416.404	13.692.393	-13,3%	-62.802.409	60,9%
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlage	-108.835.953	-105.490.268	3.345.685	-3,1%	-61.632.831	56,6%
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-5.840.430	-5.840.430	0	0,0%	-3.893.620	66,7%
09	Sonstige ordentliche Erträge	-71.540	-1.679.256	-1.607.716	2247,3%	-24.261	33,9%
10	Summe der ordentlichen Erträge	-447.337.578	-438.396.667	8.940.911	-2,0%	-285.374.118	63,8%
11	Personalaufwendungen	43.520.300	41.915.000	-1.605.300	-3,7%	25.807.111	59,3%
12	Versorgungsaufwendungen	5.239.600	5.173.100	-66.500	-1,3%	3.448.733	65,8%
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	47.089.089	44.383.281	-2.705.808	-5,7%	20.476.682	43,5%
14	Abschreibungen	6.366.500	6.364.704	-1.796	0,0%	4.244.537	66,7%
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendu	78.924.906	78.859.407	-65.499	-0,1%	51.379.130	65,1%
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichte	58.016.500	57.263.925	-752.575	-1,3%	34.924.558	60,2%
17	Transferaufwendungen	194.198.541	189.833.388	-4.365.154	-2,2%	119.588.676	61,6%
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.130	10.130	0	0,0%	6.947	68,6%
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)	433.365.566	423.802.935	-9.562.632	-2,2%	259.876.375	60,0%
20	Verwaltungsergebnis	-13.972.012	-14.593.733	-621.721	4,4%	-25.497.743	182,5%
21	Finanzerträge	-122.580	-155.272	-32.692	26,7%	-119.227	97,3%
22	Finanzaufwendungen	4.030.900	2.256.814	-1.774.086	-44,0%	1.153.781	28,6%
23	Finanzergebnis	3.908.320	2.101.542	-1.806.778	-46,2%	1.034.554	26,5%
24	Ordentliches Ergebnis	-10.063.692	-12.492.191	-2.428.499	24,1%	-24.463.189	243,1%
25	Außerordentliche Erträge	-909.500	-4.373.988	-3.464.488	380,9%	-3.464.514	380,9%
26	Außerordentliche Aufwendungen	2.308.150	4.350.418	2.042.268	88,5%	3.696.040	160,1%
27	Außerordentliches Ergebnis	1.398.650	-23.570	-1.422.220	-101,7%	231.526	16,6%
28	Jahresergebnis	-8.665.042	-12.515.760	-3.850.718	44,4%	-24.231.663	279,6%

Das Jahresergebnis verbessert sich gegenüber dem vom Kreistag am 11.12.2017 beschlossenen und von der Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 13.04.2018 genehmigten Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 voraussichtlich um rd. 3.850,7 T€ (9.962,9 T€ im 1. Finanzbericht 2018) auf einen Überschuss von rd. 12.515,8 T€ (18.626,4 T€ im 1. Finanzbericht 2018). Für insgesamt 39 Produkte des Kreishaushalts wird im Jahresergebnis eine Verbesserung gegenüber den Haushaltsansätzen prognostiziert, für 20 Produkte wird mit einer Verschlechterung gerechnet, bei 11 Produkten werden keine Abweichungen von den Ansätzen prognostiziert. Für das **Ordentliche Ergebnis** ergibt sich eine prognostizierte Verbesserung von rd. 2.428,5 T€ (rd. 8.292,3 T€ im 1. Finanzbericht 2018) gegenüber dem Haushaltsplan auf einen Überschuss von jetzt rd. 12.492,2 T€ (rd. 18.356,1 T€ im 1. Finanzbericht 2018). Das entspricht einer positiven Abweichung vom vereinbarten **Konsolidierungspfad** i. H. von rd. 18.320 T€ (16.280,6 T€ im 1. Finanzbericht 2018) bzw. 69,75 € (61,99 T€ im 1. Finanzbericht 2018) je Einwohner. Damit ist nach wie vor gewährleistet, dass die Vorgaben, die sich aus dem Konsolidierungsvertrag mit dem Land Hessen im Rahmen der Teilnahme am Kommunalen Schutzschirm des Landes ergeben, erfüllt werden.

Die ordentlichen Erträge (-8.940,9 T€) und die ordentlichen Aufwendungen (-9.562,6 €) reduzieren sich. Das prognostizierte **Verwaltungsergebnis** verbessert sich somit um 621,7 T€ auf rd. 14.593,7 T€. Auf der Ertragsseite reduzieren sich primär die Transfererträge (13.692,4 T€). Diese Verschlechterung wird teilweise durch Mehrerträge bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (8.463,2 T€) kompensiert. Auf der Aufwandsseite reduzieren sich v.a. die Transferaufwendungen, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie die Personalaufwendungen. Das **Finanzergebnis** stellt sich mit einer prognostizierten Verbesserung von rd. 1.806,8 T€ ebenfalls positiv dar. Im **Außerordentlichen Ergebnis** wird mit einer Verbesserung i. H. v. rd. 1.422,2 T€ gerechnet.

Bei den **Personalaufwendungen** wird gegenüber der Veranschlagung insgesamt eine Einsparung i. H. v. 1.605,3 T€ (1.268,1 T€ im 1. Finanzbericht 2018) prognostiziert. Diese entsteht überwiegend durch personelle Vakanzen sowie dem Ausscheiden von Beschäftigten.

Kennzahlen aus dem ordentlichen Ergebnis

Pos.	Beschreibung	Rechnungsergebnis 2016	Jahresabschluss 2017	Ansatz Haushalt 2018	Prognose zum 31.12.2018
	Ertrag				
05	Kreisumlage prozentual zu ordentlichen Erträgen (Gesamt)	29,48%	28,32%	29,40%	30,00%
05	Schulumlage prozentual zu ordentlichen Erträgen (Gesamt)	16,60%	15,20%	16,22%	16,56%
	Aufwand				
11	Personalaufwendungen prozentual zu ordentlichen Aufwendungen (Gesamt)	8,72%	9,90%	10,04%	9,89%
12	Versorgungsaufwendungen prozentual zu ordentlichen Aufwendungen (Gesamt)	1,11%	1,16%	1,21%	1,22%
13	Aufw. f. Sach- und Dienstleistungen prozentual zu ordentlichen Aufwendungen (Gesamt)	9,34%	10,08%	10,87%	10,47%
14	Abschreibungen prozentual zu ordentlichen Aufwendungen (Gesamt)	1,15%	1,40%	1,47%	1,50%
15	Aufw. für Zuw. und Zuschüsse prozentual zu ordentlichen Aufwendungen (Gesamt)	16,54%	17,44%	18,21%	18,61%
16	Steueraufwendungen prozentual zu ordentlichen Aufwendungen (Gesamt)	12,11%	12,47%	13,39%	13,51%
17	Transferaufwendungen prozentual zu ordentlichen Aufwendungen (Gesamt)	51,02%	47,54%	44,81%	44,79%
22	Finanzaufwendungen prozentual zu ordentlichen Aufwendungen (Gesamt)	2,00%	1,58%	0,93%	0,53%

Teilhaushalt 01 - Zentrale Verwaltung

Beschreibung	Ansatz	Prognose zum	Veränderung	Veränderung	Ergebnis zum	Prozentuale
	Haushalt 2018	31.12.2018	absolut	prozentual	31.08.2018	Ausschöpfung
						des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	-11.436.884 €	-11.049.551 €	387.333 €	-3,4%	-7.106.844 €	62,1%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	32.154.690 €	31.199.178 €	-955.512 €	-3,0%	20.000.099€	62,2%
Verwaltungsergebnis	20.717.806 €	20.149.627€	-568.179 €	-2,7%	12.893.255 €	62,2%
Finanzergebnis	-56.700 €	-62.399€	-5.699 €	10,1%	-44.028€	77,7%
Ordentliches Ergebnis	20.661.106 €	20.087.228€	-573.878 €	-2,8%	12.849.227 €	62,2%
Außerordentliches Ergebnis	-36.000 €	-318.961 €	-282.961 €	786,0%	-204.461 €	567,9%
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	20.625.106 €	19.768.268 €	-856.839 €	-4,2%	12.644.766€	61,3%

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 573,9 T€ (496,2 T€ im 1. Finanzbericht 2018) gegenüber dem Ansatz. Ertragsminderungen bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (-246,6 T€) sowie rd. 193,9 T€ Rückgang bei den Kostenersatzleistungen vermindern die ordentlichen Erträge. Diesem Minderertrag stehen verringerte Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (-45,4 T€) sowie erhebliche Einsparungen bei den Personalaufwendungen (-914,3 T€) gegenüber.

Insgesamt verbessert sich das Verwaltungsergebnis um rd. 568,2 T€ (432,2 T€ im 1. Finanzbericht 2018).

Bei den **Personalaufwendungen** wird in diesem Teilhaushalt mit weniger Aufwendungen i. H. v. insgesamt 914,3 T€ gerechnet. Aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung ist lediglich bei dem Produkt *Pressearbeit* mit einer Erhöhung (+110,3 T€) im Personalaufwand rechnen. Aufgrund von Stellenvakanzen und Personalveränderungen sowie Einsparungen bei der Ausbildung und dem Ausscheiden von Beschäftigten ergeben sich dagegen Einsparungen beim Personalaufwand bei folgenden Produkten:

- Verwaltungsführung und –steuerung (- 29,3 T€)
- Bürgerservice und Ehrenerweise (- 76,0 T€)
- Personalmanagement und -entwicklung (- 110,1 T€)
- IT-Management (- 99,3 T€)
- Revision (- 79,3 T€)
- Beschäftigtenvertretung (- 73,5 T€)
- Rettungsdienst (- 98,8 T€)

- Haushaltsplanung und Finanzmanagement (- 57,7 T€)
- Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung (- 28,0 T€)
- Kommunalaufsicht (- 34,8 T€)
- Ordnungs- und Gewerbewesen (- 29,2 T€)
- Allgemeines Veterinärwesen (- 47,8 T€)
- Aufenthalts- Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte (- 166,7 T€)

Außerdem ergeben sich Einsparungen i. H. v. 104,1 T€ beim Produkt *Fleischhygiene* aufgrund von Minderausgaben basierend auf Stückvergütungen im Rahmen von Schlachtungen.

Forderungswesen: Forderungen in der Vollstreckung, Zentrale Rückstandsdatei, Insolvenzen, Niederschlagungen und Stundungen

Es befinden sich derzeit (Stand 01.09.2018) 5.449 Forderungen in der **Vollstreckung**. Es handelt sich hierbei um 2.758 **eigene Forderungen** und um 2.691 **Fremdforderungen**.

Die Einnahmen aus der Zentralen Rückstandsdatei für das Zulassungswesen betragen bis einschließlich August 2018 rund 961 T€.

Derzeit gibt es 729 Insolvenzfälle mit Forderungen in Höhe von insgesamt 1.671.835,69 €.

Zwischen 01.01.2018 und 31.08.2018 wurden 568 **Niederschlagungen** in Höhe von insgesamt 322.459,15 € und 516 **Stundungen** in Höhe von insgesamt 6.315.175,55 € vorgenommen.

Teilhaushalt 02 - Schule und Kultur

Beschreibung	Ansatz	Prognose zum	Veränderung	Veränderung	Ergebnis zum	Prozentuale
	Haushalt 2018	31.12.2018	absolut	prozentual	31.08.2018	Ausschöpfung
						des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	-78.637.080 €	-78.416.394 €	220.686 €	-0,3%	-56.239.628 €	71,5%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	76.736.310 €	76.615.510€	-120.800 €	-0,2%	48.254.678 €	62,9%
Verwaltungsergebnis	-1.900.770 €	-1.800.884 €	99.886 €	-5,3%	-7.984.950 €	420,1%
Finanzergebnis	1.080.875 €	956.475 €	-124.400 €	-11,5%	617.445 €	57,1%
Ordentliches Ergebnis	-819.895 €	-844.409 €	-24.514 €	3,0%	-7.367.505 €	898,6%
Außerordentliches Ergebnis	-20.000€	25.444 €	45.444 €	-227,2%	43.324 €	-216,6%
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	-839.895 €	-818.965 €	20.930 €	-2,5%	-7.324.181 €	872,0%

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 24,5 T€ gegenüber dem Ansatz. Die prognostizierten Verbesserungen beim ordentlichen Ergebnis betreffen ausschließlich die *Kreisvolkshochschule*. Ertragseinbußen bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten i. H. von 105 T€ stehen Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 120,8 T€ gegenüber. Im Rahmen der Haushaltsberatung wurde der Ansatz im Budget der Kreisvolkshochschule sowohl bei den Erträgen als auch bei den Aufwendungen pauschal um 300 T€ zur Durchführung von Deutschkursen für Flüchtlinge erhöht.

Teilhaushalt 03 - Soziales und Jugend

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2018	0	Veränderung absolut		Ergebnis zum 31.08.2018	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	-158.152.124 €	-148.064.765 €	10.087.359 €	-6.4%	-90.924.416 €	
Summe der ordentlichen Aufwendungen	241.730.590 €	234.380.130 €	-7.350.461 €	-3,0%	143.441.924 €	
Verwaltungsergebnis	83.578.466 €	86.315.364 €	2.736.898€	3,3%	52.517.508€	62,8%
Finanzergebnis	0€	-350€	-350 €		-282 €	
Ordentliches Ergebnis	83.578.466 €	86.315.014 €	2.736.548 €	3,3%	52.517.226 €	62,8%
Außerordentliches Ergebnis	1.454.650 €	188.430 €	-1.266.220 €	-87,0%	332.047 €	22,8%
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	85.033.116 €	86.503.444 €	1.470.328 €	1,7%	52.849.273 €	62,2%

Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um rd. 2.736,5 T€. Die ordentliche Erträge (- 10.087,4 T€) verringern sich gegenüber der Veranschlagung aber auch die ordentlichen Aufwendungen (- 7.350,5 T€) sinken. Die einzelnen Teilbereiche stellen sich dabei wie folgt dar:

Teilbereich Soziales (Produkte 3010 bis 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220):

Bei den ordentlichen Erträgen werden insgesamt Mindererträge i. H. von rd. 260.6 T€ prognostiziert, bei den ordentlichen Aufwendungen entsteht eine Reduzierung i. H. von rd. 3.850,3 T€, so dass sich das ordentliche Ergebnis im Teilbereich Soziales um rd. 3.589,7 T€ gegenüber der Haushaltsplanung verbessert. Diese ist eine Verbesserung von rund 12,6 % gegenüber dem Haushaltsansatz.

Die einzelnen Hilfearten entwickeln sich voraussichtlich wie folgt:

- Hilfe zum Lebensunterhalt (3010): Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 513,7 T€. Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wurden die prognostizierten Fallzahlen noch nicht erreicht. Dafür liegen die Kosten pro Fall in den ersten acht Monaten des Jahres 2018 über den Prognosewerten. Insgesamt bleibt der Gesamtaufwand im kalkulierten Rahmen. Für die Aufwendungen für die Verwandtenpflege beim Jugendamt wurde die Prognose bis Jahresende entsprechend erhöht, da bereits jetzt die Aufwendungen höher als der Plan sind.

Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt innerhalb von Einrichtungen hat die Einführung des Pflegestärkungsgesetzes III (PSG III) zu strukturellen Änderungen in der Verwaltung geführt. Seit 2017 werden die Einkommen der Hilfeempfänger/innen vorrangig auf Leistungen der Grundsicherung und der Hilfe zum Lebensunterhalt angerechnet. In den ersten acht Monaten des Jahres 2018 wurden die geplanten Fallzahlen nicht erreicht und somit die Prognose zum Jahresende entsprechend reduziert.

- Hilfe zur Pflege (3020): Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 1.143 T€. Auch bei diesem Produkt ist die prognostizierte Veränderung ausschließlich auf den Transferaufwand zurückzuführen. Bei der Hilfe zur Pflege sowohl außerhalb als auch innerhalb von Einrichtungen waren zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung die Auswirkungen des PSG III noch nicht prognostizierbar. Die höheren Leistungen der Pflegekassen führen dazu, dass Personen, die bisher nur einen sehr geringen Anspruch hatten, nunmehr keine Ansprüche mehr haben. Übrig bleiben weniger Fälle mit höheren Ansprüchen.
 - Gleichzeitig können Personen unter Pflegegrad 2 nicht mehr in der Hilfe zur Pflege abgebildet werden, sondern die Bedarfe werden über Kap. 9 (Hilfen in besonderen Lebenslagen) abgewickelt. Darüber hinaus werden die Einkommen wie Renten vorrangig auf Leistungen der Grundsicherung und der Hilfe zum Lebensunterhalt angerechnet. Es ist zukünftig eine entsprechende Verschiebung in die Hilfe zur Pflege zu erwarten, vgl. auch Ausführungen zum Produkt 3010 i. E.
- Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (3030): Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 216 T€. Die Prognose orientiert sich an den Ergebnissen aus den Monaten Januar August 2018. Bei geringerer Fallzahl ergibt sich ein höherer Aufwand pro Fall. Die Eingliederungshilfe in Einrichtungen wird in der Regel beim Landeswohlfahrtsverband bearbeitet und dem Kreis einmal jährlich in Rechnung gestellt. Insofern ist es kaum möglich unterjährig eine Entwicklung abzubilden. Der aktuelle Prognosewert orientiert sich am Ergebnis des Jahres 2017. In der Eingliederungshilfe ergibt sich grundsätzlich das Problem, dass die Leistungen durch zeitverzögerte Rechnungsstellung weit im Nachhinein ausgezahlt werden.
 - Auch zum Jahreswechsel 2017/2018 hat sich das Problem durch erhebliche Bearbeitungsrückstände aufgrund massiver Überlastung im Bereich der Eingliederungshilfe für Minderjährige verschärft. Der periodenfremde Aufwand ist mehr als doppelt so hoch wie in Vorjahren.
- Bei den Produkten **Hilfe zur Gesundheit (3040)** verbessert sich das ordentliche Ergebnis um rd. 27 T€ aufgrund des Ausscheidens eines Beamten.
- Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in besonderen Lebenslagen (3050): Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich, da sich der Transferaufwand um 192 T€ erhöht. Wie im Produkt 3020 bereits erläutert, werden seit 2017 einige Leistungen, die bisher über die Hilfe zur Pflege abgedeckt wurden, durch die neue Gesetzgebung in die Hilfen in besonderen Lebenslagen ver-

lagert. Insbesondere die "Hilfen zur Weiterführung des Haushaltes" (§ 70 SGB XII) und die "Altenhilfe" (§ 71 SGB XII) gewinnen hier an Bedeutung.

Bei den Bestattungskosten nach § 74 SGB XII wird vorläufig noch keine Abweichung prognostiziert. Gleiches gilt für die Leistungen nach Kap. 8 SGB XII; Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten, i. d. R. Hilfen für Nichtsesshafte, sofern sie nicht der Sesshaftmachung dienen.

Personen mit Unterbringung in einem Alten- und Pflegeheim, die mit der Einführung des PSG III seit 01.01.2017 keinen Anspruch auf Hilfe zur Pflege mehr haben, weil sie weniger als Pflegegrad 2 erreichen, werden zukünftig bei den Hilfen in anderen Lebenslagen in Einrichtungen abgebildet.

- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (3060): Das ordentliche Ergebnis bleibt unverändert.

Die Transferaufwendungen und -erträge erhöhen sich jeweils um insgesamt 549 T€.

Bei der Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen wurden die Prognosewerte sowohl der Fallzahlen als auch der Kosten pro Fall überschritten.

Bei der Grundsicherung in Einrichtungen wurden die Fallzahlen überschritten, die durchschnittlichen Aufwendungen pro Fall übersteigen den Planansatz.

Die Beteiligung des Bundes gem. § 46a SGB XII i. H. v. 100% des Nettotransferaufwandes steigt analog.

Gem. § 46 a SGB XII erstattet der Bund 100% der Nettoaufwendungen des laufenden Jahres. Mit den zu erwartenden Kostensteigerungen bei den Transferleistungen steigt die Bundeserstattung analog. Somit verändert sich das ordentliche Ergebnis in diesem Produkt nicht.

- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (3080): Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 1.719,1 T€.
 - o Die **Transferaufwendungen** erhöhen sich leicht um rd. 26,5 T€. Bis 31.07.2018 wurden insgesamt 330 Personen zugewiesen. Die Prognose geht davon aus, dass es zunächst bei diesen moderaten Zuweisungsquoten bleibt, bzw. dass es nicht mehr Zuweisungen gibt als Abgänge von Bleibeberechtigten in das Leistungssystem nach dem SGB II.
 - In den Monaten Januar August 2018 wurden insgesamt 393 Personen mit Bleibeberechtigung an die Job-Center abgegeben. D. h. rd. 49 Personen mtl. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Abgänge bis zum Jahresende auf diesem Niveau bewegen.
 - Aufgrund der weltweit instabilen Situation (Entwicklungen in der Türkei, stärkerer Zustrom über das Mittelmeer in den Sommermonaten und Diskussion um die Entlastung der Mittelmeeranrainerstaaten), ist damit zu rechnen, dass die Planansätze ausgeschöpft werden.

Die Entwicklung stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

§ 2 AsylbLG:

- Lfd. Leistungen 1.449 Personen (statt 1590) x 326 € mtl. (statt 292 €) = 5.668.500 € (statt 5.571.000 €)
- Krankenhilfe = 1.653.000 € (statt 2.041.000 €)
- Sonstige Hilfen = 34.000 € (statt 3.000 €)
- § 3 AsylbLG:
 - Lfd. Leistungen 575 Personen (statt 795) x 390 € mtl. (statt 310 €) = 2.691.000 € (statt 2.958.000 €)
 - Krankenhilfe = 1.393.000 € (statt 806.000 €)
 - Arbeitsgelegenheit = 16.000 € (statt 50.000 €)
- O Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** verringern sich ebenfalls (- 2.427.2 T€). Die aktuelle Prognose geht davon aus, dass die Zuweisungen weiterhin sehr moderat bleiben und nur in geringem Umfang neue Gemeinschaftsunterkünfte akquiriert werden müssen.
 - Ein erhebliches Problem stellen die Leistungsberechtigten nach dem SGB II dar, die noch immer in den Gemeinschaftsunterkünften leben weil nicht ausreichend sozialer Wohnraum zur Verfügung steht. Seit Oktober 2017 wurden mehr Bleibeberechtigte mit Leistungen nach dem SGB II in den Gemeinschaftsunterkünften untergebracht als Asylbewerber.
 - Die Aufwendungen für diesen Personenkreis werden zwischenzeitlich buchhalterisch gesondert dargestellt. Vgl. hierzu auch die Erläuterungen zu den privatrechtlichen Leistungsentgelten.

Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

- Kreiseigene Gemeinschaftsunterkünfte und Umnutzung ehemaliger Bürogebäude: 3.000.000 € (statt 4.252.087 €)
- Angemietete Gemeinschaftsunterkünfte: 12.500.000 € (statt 16.359.300 €)
- Privatwohnungen: 1.700.000 € (statt 2.015.000 €)
- KdU für LB SGB II in GU 3.000.000 € (neu)
- Integrationsmaßnahmen und Koordination Ehrenamt: 350.000 € (unverändert)
- Betriebskosten Verwaltung: 98.000 € (statt 98.800 €)
- O Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen verringern sich um 4.197,5 T€. Die aktuelle Kalkulation (1.784 statt 2.161 Personen) basiert auf den Daten zu den Personenlisten für das I. bis IV. Quartal 2018 und der Annahme, dass es bis auf weiteres bei der aktuellen Zuweisungsquote bleibt und gleichzeitig Abgänge in ähnlichem Umfang in das Leistungssystem nach dem SGB II erfolgen. Die Erstattung für die Krankenhilfe ist ein Schätzwert und orientiert sich an den Vorjahresergebnissen.
- o Die **Erträge der Leistungsentgelte** erhöhen sich auf 8.827 T€ (statt 86 T€). Sofern ein Leistungsberechtigter nach AsylbLG Einkommen erzielt und in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnt, ist er an den Kosten der Unterkunft zu beteiligen. Die Höhe des Entgeltes

orientiert sich an der Verteilungs- und Unterbringungsgebührenordnung (VUBGebV) und variiert je nach Einkommen und Haushaltsstruktur. Durch das neue Landesaufnahmegesetz, das rückwirkend zum 01.01.2017 in Kraft getreten ist, konnte durch den Kreis eine eigene Gebührensatzung entwickelt werden, der eine kostendeckende Gebühr zu Grunde liegt.

Für die Leistungsberechtigten nach SGB II, die noch in Gemeinschaftsunterkünften wohnen, kann diese erhöhte Gebühr rückwirkend zum 01.01.2017 erhoben werden. Selbstzahler sind von dieser rückwirkenden Erhöhung ausgeschlossen. Der Prognose liegt eine sehr moderate Schätzung zugrunde.

- o Die **Erträge aus Transferleistungen** können nicht in der geplanten Höhe vereinnahmt werden, sondern nur in Höhe von ca. 1.154 T€ (Plan: 6.587,5 T€).
 - Im Haushaltsansatz wurden auch Gebühren kalkuliert, die von Personen abzuführen sind, die dem Grunde nach nicht mehr in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen sind, dort aber wohnen bleiben, da es nicht genügend sozialhilferechtlich angemessenen Wohnraum auf dem privaten Wohnungsmarkt gibt.
 - Diese Gebühren sind als öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte zu vereinnahmen. Insofern erfolgt im Haushaltsvollzug eine Verschiebung entsprechender Forderungen in diesen Bereich (vgl. Erläuterungen zu den Leistungsentgelten).
- Die Personalaufwendungen verringern sich um 265,3 T€ aufgrund von personellen Vakanzen und dem Ausscheiden von Beschäftigten.
- Sonstige Hilfen und Sozialleistungen (3130): hier verbessert sich das ordentliche Ergebnis um rd. 156 T€. Dies resultiert zum einen aus geringeren Personalaufwendungen (- 84,6 T€) aufgrund des Ausscheidens eines Beschäftigten sowie personellen Vakanzen als auch auf verminderten Aufwand für Sach- und Dienstleistungen (- 58 T€).

Bei dem **Produkt 3101 (Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege)** wird keine wesentliche Veränderung gegenüber dem Haushaltsansatz erwartet, lediglich in den außerordentlichen Erträgen entstehen rd. 10,9 T€ ohne Ansatz aufgrund von Rückforderungen von Überzahlungen aus Vorjahren.

Beim Produkt **3220 (Seniorenberatung)** verringert sich der ordentliche Aufwand um 76,7 T€ gegenüber dem Ansatz. Es wird ein geringeres Defizit der Altenpflegeschule erwartet.

Teilbereich Jugend (Produkte 3120, 3140 bis 3210)

Das ordentliche Ergebnis bei den Produkten des Jugendamtes verschlechtert sich um rd. 4.819,7 T€. Die ordentlichen Erträge reduzieren sich voraussichtlich um 2.638,5 T€, die ordentlichen Aufwendungen steigen um rd. 2.181,55 T€. Die einzelnen Hilfearten entwickeln sich dabei voraussichtlich wie folgt:

- Unterhaltsvorschussleistungen (3120): Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 322,3 T€. Ein Anstieg der Transfererträge um 474,5 T€ hat sich durch die Gesetzesänderung zum 01.07.2017 ergeben. Die Gewährung des Unterhaltsvorschusses kann nun bis zum 18. Lebensjahr (bis 30.6.2017 nur bis zum 12. Lebensjahr) und auch ohne zeitliche Begrenzung (bislang nur 72 Monate) erfolgen.
 Durch die Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes zum 01.07.2017 steigen die Fallzahlen kontinuierlich an. Dieses führt ebenfalls zu ansteigenden Erträgen, da die Erstattung des Landes/Bundes zusammen 70% des Aufwands aus Transferleistungen -personenbezogen- beträgt.
 - Die Personalkosten sind um 152,5 T€ aufgrund von zusätzlichem Personalbedarf gestiegen.
- Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege (3140): Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 229,65 T€. Dies ist überwiegend auf gestiegene Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen zurückzuführen. Hierbei handelt es sich um Erträge aus Fördermitteln des Landes und des Bundes für die verschiedenen Programme für die Förderung der Kindertagesbetreuung.
- Prävention, Förder-, Unterstützungs- u. erzieherische Beratungsleistungen (3151): Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um 364,9 T€. Die Transfererträge werden sich um ca. 20 T€ verringern. Diese Ertragsanpassung erfolgt aufgrund der Ergebnisse des Vorjahres sowie dem laufenden Haushaltsvollzug. Der Transferaufwand erhöht sich in der Prognose um 344,9 T€ da bereits jetzt in zwei Sachkonten die Ansätze überschritten sind und es sich hierbei um vergleichsweise teure Jugendhilfe in Einrichtungen handelt.
- Hilfe zur Erziehung (3170): Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um 3.026,4 T€. Diese Verschlechterung beruht überwiegend auf einem Rückgang der ordentlichen Erträge um 3.312 T€. Der Anteil der umA´s im Bereich Heimerziehung ist rückläufig und nur für diese gibt es eine 100 % Erstattung. Die bisherigen Bearbeitungsrückstände in der WiJu werden im Laufe des verbleibenden Jahres sukzessive aufgearbeitet werden und dennoch wird der ursprüngliche Planwert um 1.392,0 T€ unterschritten.
 - Der Personalaufwand reduziert sich um 285,6 T€ aufgrund von Personaländerungen, Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung sowie personellen Vakanzen.

Die außerordentlichen Erträge steigen um 1.828,9 T€ aufgrund von nicht periodengerechten Kostenerstattungen durch den überörtlichen Träger. Die außerordentlichen Aufwendungen erhöhen sich um 667,9 T€ aufgrund verspäteter Rechnungslegung für die Jahre 2016 und 2017 durch die Träger. Im Jahresergebnis entsteht bei diesem Produkt daher eine Verschlechterung von insgesamt 1.865,4 T€.

- Hilfe für junge Volljährige (3190): Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um 2.125,5 T€. Es werden weniger Kostenersatzleistungen und –erstattungen in Höhe von 610 T€ erwartet. Diese Kostenerstattungen für umA's gestalten sich schwierig, da das Regierungspräsidium keine unterschiedlichen Gruppen sondern nur Fallzahlen unterscheidet. Somit kann es immer wieder zu Verschiebungen zwischen den Produkten 3170, 3190 und 3210 kommen. Der Transferaufwand steigt um 1.513 T€, was darauf zurückzuführen ist dass immer mehr umA's volljährig sind oder werden und nach wie vor in der Obhut des Jugendamtes verbleiben. Das außerordentliche Ergebnis verbessert sich um 4,5T €. Die außerordentlichen Erträge steigen um 125 T€ aufgrund von nicht periodengerechten Abrechnungen von Fällen mit anderen Jugendämtern und dem Land. Die außerordentlichen Aufwendungen steigen um 120,5 T€ aufgrund verspäteter Abrechnungen von Trägern für das Jahr 2017. In allen neuen Entgeltverhandlungen wird vereinbart, dass die Abrechnung der erbrachten Leistung unmittelbar im Folgemonat erfolgen soll.

Im Jahresergebnis entsteht eine Verschlechterung von 2.121 T€.

- Eingliederungshilfe (3200): Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um 173,6 T€.
 Diese Verschlechterung beruht ausschließlich auf Personalaufwendungen durch personelle Vakanzen, Personaländerungen sowie Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung. Im Jahresergebnis entsteht eine Verschlechterung von 456,1 T€.
 Das außerordentliche Ergebnis verschlechtert sich um 282,5 T€. Einerseits sind die periodenfremden Erträge 40 T€ höher als geplant und andererseits die periodenfremden Aufwendungen 322,5 T€ höher als erwartet. Dies resultiert ebenso wie im Produkt 3190 aus der verspäteten Abrechnung von Trägern.
- Andere Aufgaben der Jugendhilfe (3210): Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 416,1 T€. Die Transfererträge reduzieren sich um 255 T€ und bei den Transferaufwendungen wird mit einem Anstieg von 327 T€ durch Mehraufwand bei den Inobhutnahmen gerechnet. Die Kostenersatzleistungen erhöhen sich signifikant um 859 T€, was auf die Aufarbeitung des Bearbeitungsrückstandes zurückzuführen ist. Das außerordentliche Ergebnis verbessert sich um 791,9 T€. Hier muss angemerkt werden, dass weder die periodenfremden Erträge (+ 819 T€) noch die periodenfremden Aufwendungen (+27,5 T€) steuerbar oder anhand von Fallzahlen oder Fallkosten kalkulierbar sind). 137,9 T€ Einsparungen entstehen beim Personalaufwand durch personelle Vakanzen, Personaländerungen sowie Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung. Im Jahresergebnis entsteht eine Verbesserung von 1.208 T€.

Teilhaushalt 04 - Gesundheit und Sport

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2018	Prognose zum 31.12.2018	Veränderung absolut		31.08.2018	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	-1.151.200 €	-1.210.574 €	-59.374 €	5,2%	-317.938 €	28%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	6.027.246 €	5.653.662 €	-373.584 €	-6,2%	4.049.329€	67%
Verwaltungsergebnis	4.876.046 €	4.443.088 €	-432.958 €	-8,9%	3.731.392 €	77%
Finanzergebnis	60€	60 €	0€	0,0%	-2.744 €	
Ordentliches Ergebnis	4.876.106 €	4.443.148 €	-432.958 €	-8,9%	3.728.648 €	76%
Außerordentliches Ergebnis	0€	509 €	509€	0,0%	509€	
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	4.876.106 €	4.443.657 €	-432.449 €	-8,9%	3.729.157 €	76%

Das **ordentliche Ergebnis** verbessert sich um 432,96 T€ gegenüber den Haushaltsansätzen. Einer Erhöhung der **ordentlichen Erträge** (+ 59,4 T€) auf der Ertragsseite steht eine Reduzierung der **ordentlichen Aufwendungen** um 373,6 T€ auf der Aufwandsseite gegenüber.

Beim Produkt *Gesundheitshilfen und Prävention (4011)* wird eine Ergebnisverbesserung i. H. von 300,4 T€ im ordentlichen Ergebnis erwartet. Die privatrechtlichen Leistungsentgelte verdoppeln sich auf dann 6 T€ während sich die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte um 7 T€ nach aktueller Hochrechnung reduzieren. Bei den Sach- und Dienstleistungen werden 8,7 T€ eingespart und durch personelle Vakanzen reduziert sich der Personalaufwand um 189,3 T€.

Beim Produkt Gesundheitsschutz (4020) wird mit einer Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses um 40,6 T€ gerechnet.

Für das Produkt Sportförderung (4040) werden keine Änderungen gegenüber den Haushaltsansätzen erwartet.

Für das Produkt *Medizinische Versorgung (4120)* reduzieren sich die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen aufgrund der nicht mehr in diesem Haushaltjahr stattfindenden Abrechnung einer Studie zur Versorgungsanalyse (rd. 105 T€). Zusätzliche Personalkosten von 13 T€ entstehen für die Fachkraft für das Projekt PauLa (Psychosoziale Fachkraft auf dem Land).

Teilhaushalt 05 - Gestaltung der Umwelt

3 3 3 3	Ansatz Haushalt 2018	Prognose zum 31.12.2018		Veränderung prozentual	0	Prozentuale Ausschöpfung
						des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	-5.923.740 €	-6.018.833 €	-95.093€	1,6%	-4.666.647 €	272,0%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	19.666.730€	19.657.030 €	-9.700€	0,0%	9.961.088€	357,9%
Verwaltungsergebnis	13.742.990 €	13.638.197 €	-104.793 €	-0,8%	5.294.441 €	-85,9%
Finanzergebnis	0€	0 €	0€	0,0%	0€	
Ordentliches Ergebnis	13.742.990 €	13.638.197 €	-104.793 €	-0,8%	5.294.441 €	-85,9%
Außerordentliches Ergebnis	0€	99.072 €	99.072€	0,0%	78.171 €	0,0%
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	13.742.990 €	13.737.269 €	-5.721 €	-0,8%	5.372.612€	-85,9%

Das **ordentliche Ergebnis** verbessert sich um rd. 104,8 T€ gegenüber den Planansätzen. Die ordentlichen Erträge erhöhen sich voraussichtlich um rd. 95,1 T€, die ordentlichen Aufwendungen reduzieren sich um 9,7 T€.

Die **Personalaufwendungen** verringern sich um 9,9 T€.

Bei dem Produkt 5010 entsteht ein zusätzlicher Personalaufwand von 105,4 T€ durch die personelle Unterstützung bei der Durchführung des Projektes "Vision Bergstraße" (Personalveränderung, Arbeitszeiterhöhung, Produktzuordnung).

Bei dem Produkt 5020 reduziert sich der Personalaufwand um 25,9 T€ aufgrund einer geänderten Produktzuordnung.

Bei dem Produkt 5040 entsteht ein zusätzlicher Personalaufwand in Höhe von 54 T€ durch die Einstellung eines Beschäftigten für die Betreuung des Projektes "IKZ-INSPIRE" und GIS im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit mit kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

Bei dem Produkt 5051 reduziert sich der Personalaufwand um 24,7 T€ aufgrund von Vakanzen.

Bei dem Produkt 5090 sind bei den Erträgen aus Zuweisungen und Zuschüssen durch ca. 81 T€ Mehrzuweisung von FAG-Mitteln die ordentlichen Erträge um diese Summe angestiegen.

Im außerordentlichen Bereich sind periodenfremde Aufwendungen und periodenfremde Erträge ohne Ansatz entstanden. Es handelt sich hierbei um Leistungen, die der Vorperiode zuzuordnen sind. Dies führt im außerordentlichen Ergebnis zu einem Zuschussbedarf von 48,5 T€.

Bei dem Produkt 5111 reduziert sich der Personalaufwand um 10,1 T€ aufgrund von Vakanzen.

Bei dem Produkt 5130 reduziert sich der Personalaufwand um 14,4 T€ aufgrund von Vakanzen.

Bei dem Produkt 5141 reduziert sich der Personalaufwand um 11 T€ aufgrund von Vakanzen.

Bei dem Produkt 5170 reduziert sich der Personalaufwand um 83,2 T€ aufgrund des Ausscheidens eines Beamten.

Teilhaushalt 06 - Zentrale Finanzleistungen

Beschreibung	Ansatz	Prognose zum	Veränderung	Veränderung	Ergebnis zum	Prozentuale
	Haushalt 2018	31.12.2018	absolut	prozentual	31.08.2018	Ausschöpfung
						des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	-192.036.550 €	-193.636.550 €	-1.600.000€	0,8%	-126.118.645 €	65,7%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	57.050.000€	56.297.425 €	-752.575 €	-1,3%	34.169.256 €	59,9%
Verwaltungsergebnis	-134.986.550 €	-137.339.125 €	-2.352.575 €	1,7%	-91.949.389 €	68,1%
Finanzergebnis	2.884.085 €	1.207.756 €	-1.676.329 €	-58,1%	464.163 €	127,1%
Ordentliches Ergebnis	-132.102.465 €	-136.131.369 €	-4.028.904 €	3,0%	-91.485.226 €	195,2%
Außerordentliches Ergebnis	0€	-18.064 €	-18.064 €	0,0%	-18.064 €	
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	-132.102.465 €	-136.149.433 €	-4.046.968 €	3,0%	-91.503.290 €	195,2%

Das **ordentliche Ergebnis** verbessert sich um rd. 4.028,9 T€ gegenüber den Planansätzen. Die ordentlichen Erträge erhöhen sich voraussichtlich um rd. 1,600 T€, die ordentlichen Aufwendungen reduzieren sich um 725,6 T€.

Im Produkt 6010, Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen, verbessert sich das Ergebnis um 752,6 T€ wegen der Reduzierung des Hebesatzes der LWV-Umlage.

Im Produkt 6020, Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft, verbessern sich die ordentlichen Erträge um 1.600 T€. Aufgrund der Teilnahme am Entschuldungsprogramm Hessenkasse ist die Auflösung der im Jahresabschluss 2017 gebildeten Rückstellung für das Zinsänderungsrisiko bei Kassenkrediten über 1,6 Mio. € vorgesehen.

Das **Finanzergebnis** verbessert sich um 1.676,3 T€. Die **Finanzerträge** erhöhen sich um rd. 26,3 T€. Ursächlich hierfür sind Negativzinsen für zwei neue Kassenkredite. Die **Finanzaufwendungen** reduzieren sich um 1.600,0 T€. Bei den Zinsen für Investitionskredite werden aufgrund der niedrigen Kapitalmarktzinsen sowie der späteren Kreditaufnahme Einsparungen von rd. 200 T€ erwartet. Die Kassenkreditzinsen werden sich durch das günstige Zinsniveau, die geringere Inanspruchnahme der Kreditlinien und der Ablösung der Kassenkredite im Rahmen der Hessenkasse um rd. 1,65 Mio. € reduzieren. Damit verbessert sich das **ordentliche Ergebnis** dieses Teilhaushaltes um 4.028,9 T€.

Gesamtfinanzhaushalt

Nr.	Beschreibung	Haushalt Ansatz 2018	Prognose zum 31.12.2018	Veränderung
1	Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung	8.665.042 €	12.515.760 €	3.850.718 €
2	Zahlungsunwirksame Vorgänge	1.745.670 €		
3	Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.410.712 €	14.515.760 €	4.105.048 €
4	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	15.734.400€	15.734.400€	0 €
5	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenstände d. Sachanlagevermögens u. immat. AV	0 €	0€	0 €
6	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immat. AV	-21.502.420€	-21.502.420€	0 €
7	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	37.246 €	37.246 €	0 €
8	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-153.000 €	-153.000 €	0 €
9	Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-5.883.774 €	-5.883.774 €	0 €
10	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und der Begebung von Anleihen	209.083.774 €	5.883.774 €	-203.200.000 €
11	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und Anleihen	-214.003.600€	-177.903.600 €	36.100.000 €
12	Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-4.919.826 €	-172.019.826 €	-167.100.000 €
13	Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbedarf des Haushaltsjahres (Pos. 3, 9 und 12)	-392.888 €	-163.387.840 €	-162.994.952 €

Zu Nr. 10: Die geplante Kreditaufnahme für Investitionen bleibt unverändert gegenüber dem Ansatz.

Seit 2010 wird im Rahmen der Finanz- und Controllingberichte über die aufgenommenen Investitions- und Kassenkredite sowie über die abgeschlossenen Derivativen Finanzierungsinstrumente berichtet. Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements wurden in der Zeit vom 01.05. – 31.08.2018 keine Kredite aufgenommen und auch keine sonstigen Geschäfte abgeschlossen.

Zu Nr. 11: Die prognostizierte Tilgung von Krediten setzt sich zusammen aus

173.900.000 € Tilgung für Kassenkredite und
 4.003.600 € Tilgung für Investitionskredite

Der geplante Kassenkreditbestand zum Jahresende 2018 verringert sich voraussichtlich von 178,9 Mio. € um insgesamt 157,2 Mio. € durch die Teilnahme an dem Entschuldungsprogramm Hessenkasse. Ein Restbestand in Höhe von 5 Mio. € wird erst in 2019 getilgt werden können, da ein Schuldnerwechsel bei diesem Kredit nicht möglich war.

Zum 31.08.2018 betrug der Stand der Kassenkredite 165,45 Mio. €.

Kommunaler Schutzschirm

Die voraussichtlichen Abweichungen vom Konsolidierungspfad (Anlage 1 zum Konsolidierungsvertrag mit dem Land Hessen) wirken sich auf Produktbereichsebene im Haushaltsvollzug des Jahres Haushaltsjahres 2018 voraussichtlich wie folgt auf das Ordentliche Ergebnis aus:

Produktbereich	Vorgabe Schutzschirm: HH 2018	Vorgabe Schutzschirm: HH 2018	Prognose Ergebnis absolut in T€	Prognose Ergebnis je Einwohner	Differenz absolut in T€	Differenz je Einwohner
	Ergebnis je	Ergebnis	absolut in 1€	Einwonner		
	Einwohner	absolut (T€)				
01 Innere Verwaltung	-44,79€		-15.960,3€	-60,77€	-4.196,2€	-15,98€
02 Sicherheit und Ordnung	-10,83€			1		
03 Schulträgeraufgaben	18,14€	4.764,5€	1.303,3€	4,96€	-3.461,1€	
04 Kultur und Wissenschaft	-1,54€	-404,5€	-455,1€	-1,73€	-50,6€	-0,19€
05 Soziale Leistungen	-177,35€	-46.581,0€	-44.290,3€	-168,63€	2.290,7€	8,72€
06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	-125,59€	-32.986,2€	-33.241,7€	-126,56€	-255,4€	-0,97€
07 Gesundheitsdienst	-8,63€	-2.266,7€	-2.652,9€	-10,10€	-386,3€	-1,47€
08 Sportförderung	-0,67€	-176,0€	-2.004,6€	-7,63€	-1.828,6€	-6,96€
09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	-2,58€	-677,6€	-1.188,7€	-4,53€	-511,0€	-1,95€
10 Bauen und Wohnen	-1,70€	-446,5€	-533,0€	-2,03€	-86,4€	-0,33€
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	-13,99€	-3.674,5€	-9.530,4€	-36,29€	-5.855,9€	-22,30€
13 Natur- und Landschaftspflege	-2,97€	-780,1€	-557,1€	-2,12€	223,0€	0,85€
14 Umweltschutz	-1,19€	-312,6€	-690,8€	-2,63€	-378,2€	-1,44€
15 Wirtschaft und Tourismus	-3,40€	-893,0€	-1.274,9€	-4,85€	-381,9€	-1,45€
16 Allgemeine Finanzwirtschaft	353,42€	92.825,8€	133.835,2€	509,56€	41.009,4€	156,14€
Summe ordentliches Ergebnis	-23,67€	-6.216,9€	18.590,4€	70,78€	24.807,3€	94,45€

Controllingbericht II/2018

Zu 25 der 70 Produkte im Haushaltsplan 2018 wurden 41 Ziele mit 46 Kennzahlen (i.d.R. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung) definiert. Im Nachfolgenden sind diese Produkte, Ziele und Kennzahlen mit ihren derzeitigen und prognostizierten Zielerreichungsgraden wie folgt dargestellt:

lst = Wert zum Abfragezeitpunkt 31. August 2018

Prognose = gemäß Einschätzung der Produktverantwortlichen zum 31.12.2018 voraussichtlich erreichter Zielerreichungsgrad Monitor = Einschätzung des Abweichungsgrades sowie des Steuerungsbedarfs:

- Monitor "weiß": Verbesserung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich erreicht oder übererfüllt; Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich (bei 35 Kennzahlen = 76 %)
- Monitor "grau": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch nicht möglich oder bereits durch die Produktverantwortlichen ergriffen (bei 10 Kennzahlen = 22 %)
- Monitor "schwarz": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch noch möglich, ggfs. auch durch die Kreisgremien (bei 1 Kennzahl = 2 %).

Zum Zweck der Vergleichbarkeit und Orientierung enthält der Controllingbericht neben den Daten aus dem 1. diesjährigen Controllingbericht jeweils die Daten aus den Jahresabschlüssen 2009 - 2017 incl. jeweiliger Abweichung Plan/Ist (in Kursivdruck), soweit die Ziele bzw. Kennzahlen im jeweiligen Haushaltsjahr bereits bestanden. Sofern Kennzahlen in %-Werten (Verhältniskennzahlen) angeben sind, erfolgt zudem eine gesonderte Darstellung der absoluten Zahlen (Zähler / Nenner), beschränkt jedoch auf die Daten des aktuellen Controllingberichts.

Produkt: HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

1030 Bürgerservice und Ehrenerweise

- 1 Die Kunden im Bürgerbüro sind mit den Öffnungszeiten, dem Leistungsangebot und dem Service insgesamt zufrieden und erteilen im Durchschnitt die Note "gut" (schriftliche Umfrage, Fragebogen)
 - a Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Öffnungszeiten

II/2018	2	1,48	2
I/2018	2	1,26	2
JA 2017	2	1,29	-36 %
JA 2016	2	1,23	-39 %
JA 2015	2	1,18	-41 %
JA 2014	2	1,21	-40 %
JA 2013	2	1,24	-38 %
JA 2012	2	1,27	-37 %
JA 2011	2	1,33	-34 %

Produkt:

b Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Leistungsangeboten im Bürgerbüro

HHJ	Plan	lst	Prog./ Abw. M
II/2018	2	1,38	2
I/2018	2	1,21	2
JA 2017	2	1,27	-37 %
JA 2016	2	1,20	-40 %
JA 2015	2	1,15	-43 %
JA 2014	2	1,20	-40 %
JA 2013	2	1,24	-38 %
JA 2012	2	1,26	-37 %
JA 2011	2	1,27	-37 %

c Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit dem Service insgesamt

II/2018	2	1,18	2
I/2018	2	1,27	2
JA 2017	2	1,17	-42 %
JA 2016	2	1,17	-42 %
JA 2015	2	1,13	-44 %
JA 2014	2	1,21	-40 %
JA 2013	2	1,21	-40 %
JA 2012	2	1,18	-41 %
JA 2011	2	1,18	-41 %

1051 Personalmanagement und -entwicklung

1 Deckelung der Personalaufwendungen

Festschreibung der Höhe der Personalaufwendungen (in Mio. €)

Gründe der Abweichung: Bei den Personalaufwendungen wird zum Stand 31.08.2018 gegenüber der Veranschlagung 2018 insgesamt ein Minderbedarf i. H. v. rd. -1.605,3 T€ prognostiziert. Dieser prognostizierte Minderbedarf gegenüber dem Haushaltsansatz setzt sich wie folgt zusammen: Im Bereich der Entgelte für Beschäftigte und Bezüge der Beamtinnen / Beamten werden - nach dem derzeitigen Stand - gegenüber der Veranschlagung bis zum Jahresende Minderausgaben in Höhe von rd. -1.419,0 T€ prognostiziert. Diese Minderausgaben begründen sich insbesondere wie folgt: Fluktuation bei gleichzeitig verzögerten Wiederbesetzungen vakanter Stellen (Stellenanteile) sowie interne Besetzungen von Stellen (hierdurch Reduzierung von Personalkosten). Die Fluktuationsrate und die Verzögerungen bei der Nachbesetzung sind zum Teil auf die derzeitige koniunkturelle Lage und die damit verbundene schwierige Personalgewinnung zurückzuführen. Ferner hatten Erkrankungen ohne Lohnfortzahlungen bis zum Stichtag 31.08.2018 gegenüber der Veranschlagung zum Haushalt 2018 Minderausgaben in Höhe von rd. -273.0 T€ zur Folge. Im Bereich des Produktes "Fleischhygiene" werden, basierend auf Stückvergütungen im Rahmen von Schlachtungen, Minderaufwendungen in Höhe von rd. -104,0 T€ prognostiziert. Bezüglich der Personalaufwendungen für Auszubildende ist gegenüber dem Haushaltsansatz aufgrund der Nichtbesetzung einer Ausbildungsstelle, krankheitsbedingten Unterbrechungen sowie der vorzeitigen Beendigung eines Ausbildungsverhältnisses eine voraussichtliche Verminderung in Höhe von rd. -50,3 T€ zu verzeichnen. Wenigeraufwendungen in Höhe von rd. -20,0 T€ resultierten aus voraussichtlich verminderten Aufwendungen bei den übrigen Personalaufwendungen (Personalnebenausgaben). Der Tarifabschluss 2018 für die Beschäftigten (durchschnittlich 3,19 % ab März 2018) hat gegenüber der Veranschlagung (2.0 % pauschal) Mehraufwendungen in Höhe von rd. +200 T€ zur Folge. Ferner werden aufgrund der bislang verausgabten Mittel nicht steuerbarer Beihilfen und Unterstützungsleistungen an aktive Beamte und Arbeitnehmer Mehraufwendungen in Höhe von rd. +56,0 T€ prognostiziert. Mehraufwendungen in Höhe von rd. +5,0 T€ resultieren aus einer Erhöhung der Beiträge zur Unfallversicherung.

II/2018	43,5203	25,8071	41,915
I/2018	43,5203	12,5848	42,25
JA 2017	41,6349	39,1783	-5,9 %
JA 2016	36,6367	35,8355	-2,2 %
JA 2015	33,3757	32,8918	-1,5 %
JA 2014	36,0511	34,7378	-3,6 %
JA 2013	33,9179	32,9709	-3 %
JA 2012	32,4707	32,3247	-0,5 %
JA 2011	31,4555	32,5287	3 %
JA 2010	31,143	32,5655	5 %
JA 2009	30,6	30,9	1 %

Personalaufwandsquote = Personalaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen Kennzahl (absolut): Personalaufwendungen in Mio. €/Summe der ordentlichen Aufwendungen in Mio. € Gründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung dieser Kennzahl ist nicht sinnvoll, da es sich um jahresbezogene Aufwendungen handelt.

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl "Personalaufwandsquote" (Personalintensität) zeigt auf, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

II/2018	10,04 %	sh. Erl.	9,89 %
I/2018	10,04 %	sh. Erl.	10,06 %
JA 2017	9,90 %	9,90 %	0 %
JA 2016	8,72 %	9,50 %	8 %
JA 2015	9,96 %	9,65 %	-3 %
JA 2014	10,76 %	10,70 %	-0,6 %
JA 2013	10,45 %	10,60 %	1 %
JA 2012	10,09 %	10,21 %	1 %
JA 2011	9,93 %	10,47 %	5 %
JA 2010	10,02 %	10,77 %	7 %
JA 2009	10,17 %	10,48 %	3 %
II/2018	43,5203 /	sh. Erl.	41,915 /
	433,3656		423,8029
	•		

HHJ

Plan

Prog./ Abw. M

1121 Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern

1 Mind. 50 % Frauen in Leitung (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in der Kreisverwaltung

Anteil Frauen in Leitung (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in der Kreisverwaltung Gründe der Abweichung: Es kommt hier immer auf die tatsächlich besetzten Stellen zum Stichtag an.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Bei Unterrepräsentanz werden in Stellenausschreibungen besonders Frauen aufgefordert, sich zu bewerben und bei geeigneter Qualifikation mindestens so viele Frauen zu Bewerbungsgesprächen eingeladen wie Männer. In unterrepräsentierten Bereichen werden Frauen bei gleicher Qualifikation bevorzugt.

II/2018	min. 50 %	53 %	56 %
I/2018	min. 50 %	53 %	56 %
JA 2017	min. 50 %	54 %	8 %
JA 2016	min. 50 %	54 %	8 %
JA 2015	min. 50 %	57 %	14 %
JA 2014	min. 50 %	58 %	16 %
II/2018	21 / 42	24 / 45	25 / 45

Produkt:

2 7 Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Teilzeit in der Kreisverwaltung

Anzahl der Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Teilzeit in der Kreisverwaltung

Gründe der Abweichung: Es haben weitere Führungskräfte ihre Arbeitszeit reduziert. Eine stellvertretende Abteilungsleitung wurde mit zwei Teilzeitkräften besetzt.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: In Stellenausschreibungen wird bei Vollzeitstellen darauf hingewiesen, dass eine Besetzung in Teilzeit und somit eine Arbeitsplatzteilung ebenso möglich ist.

II/2018	7	9	9
I/2018	7	9	9
JA 2017	5	8	60 %
JA 2016	6	7	17 %
JA 2015	8	5	-38 %
JA 2014	8	4	-50 %

Ist

Plan

HHJ

Prog./ Abw. M

3 2 Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Jobsharing in der Kreisverwaltung

Anzahl der Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Jobsharing in der Kreisverwaltung

Gründe der Abweichung: Eine stellvertretende Abteilungsleitung wurde mit zwei Teilzeitkräften besetzt.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Auch bei Stellenausschreibungen von Führungspositionen wird auf eine Besetzung in Teilzeit und somit auf eine Arbeitsplatzteilung hingewiesen.

II/2018	2	2	2	
I/2018	2	2	2	
JA 2017	2	1	-50 %	
JA 2016	2	1	-50 %	
JA 2015	2	1	-50 %	
JA 2014	2	1	-50 %	

1261 Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen

1 Reduzierung der Warte- und Bearbeitungszeiten

Durchschnittliche Bearbeitungszeit im Teilbereich "Zulassungen" (in Minuten) (gemessen ab dem ersten Kontakt bei Eintritt = Empfang Wartemarke bis zum letzten Bearbeitungsschritt = Zahlung an der Kasse)

Gründe der Abweichung: Permanent hoher Krankenstand.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Weiterer Ausbau von "Terminvergaben", um Belastung der Mitarbeiter/-innen zu reduzieren und Krankenstand gegenzusteuern.

max. 30	44	37	
max. 30	28	30	
max. 30	33,5	12 %	
max. 30	41	37 %	
max. 30	47	<i>57</i> %	
max. 30	37	23 %	
max. 30	33	10 %	
max. 30	23	-23 %	
max. 30	35	17 %	
max. 30	32	7 %	
	max. 30 max. 30 max. 30 max. 30 max. 30 max. 30 max. 30	max. 30 28 max. 30 33,5 max. 30 41 max. 30 37 max. 30 33 max. 30 23 max. 30 35	max. 30 28 30 max. 30 33,5 12 % max. 30 41 37 % max. 30 47 57 % max. 30 37 23 % max. 30 33 10 % max. 30 23 -23 % max. 30 35 17 %

1300 Fleischhygiene

1 Vollständige Schlachttier- und Fleischuntersuchung

Anzahl der untersuchten Tiere / Anzahl der geschlachteten Tiere gesamt

II/2018	100 %	100 %	100 %	
I/2018	100 %	100 %	100 %	
JA 2017	100 %	100 %	0 %	
JA 2016	100 %	100 %	0 %	
JA 2015	100 %	100 %	0 %	
JA 2014	100 %	100 %	0 %	
JA 2013	100 %	100 %	0 %	
JA 2012	100 %	100 %	0 %	
JA 2011	100 %	100 %	0 %	
JA 2010	100 %	100 %	0 %	
JA 2009	100 %	100 %	0 %	
II/2018	235.000 /	216.113 /	235.000 /	
	235.000	216.113	235.000	

1311 Allgemeines Veterinärwesen

1 Tierschutz durch Überwachung gewerblicher und privater Tierhaltungen

Anzahl der überprüften Tierhaltungen

II/2018	500	216	500
I/2018	500	95	500
JA 2017	500	445	-11 %
JA 2016	500	388	-22 %
JA 2015	700	406	-42 %
JA 2014	890	331	-63 %
JA 2013	890	373	-58 %
JA 2012	935	564	-40 %
JA 2011	1.000	638	-36 %

Produkt:

2 Schutz des Verbrauchers durch Überprüfung von Lebensmittelbetrieben

Anzahl der vorgefundenen Verstöße / Anzahl der durchgeführten Kontrollen im Bereich der amtlichen Lebensmittelüberwachung

II/2018	50 %	47 %	50 %
I/2018	50 %	47 %	50 %
JA 2017	50 %	52 %	4 %
JA 2016	50 %	50 %	0 %
JA 2015	50 %	50 %	0 %
II/2018	900 /	470 / 991	900 /
	1.800		1.800

Prog./ Abw. M

HHJ

Plan

3 Schutz des Verbrauchers vor Gesundheitsschädigung, Täuschung und Irreführung

Anzahl der eingegangenen Verbraucherbeschwerden im Bereich amtliche Lebensmittelüberwachung gesamt

II/2018	70	41	70
I/2018	70	14	70
JA 2017	76	55	-28 %
JA 2016	76	48	-37 %
JA 2015	76	65	-14 %

4 Vorbeugende Tierseuchenbekämpfung, Überprüfung der Einhaltung der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen (national und EU-Recht)

Anzahl der überprüften Betriebe im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung

II/2018	250	146	250
I/2018	250	73	250
JA 2017	250	367	47 %
JA 2016	250	306	22 %
JA 2015	320	334	4 %
JA 2014	320	298	-7 %
JA 2013	320	349	9 %
JA 2012	315	81	-74 %
JA 2011	320	293	-8 %

Produkt:

5 Überprüfung der Einhaltung von Cross-Compliance-Verpflichtungen von Betriebsinhabern

Durchführung aller vorgegebenen Kontrollen, die von der Aufsichtsbehörde gefordert sind

II/2018	100 %	71 %	100 %
I/2018	100 %	0 %	100 %
JA 2017	100 %	100 %	0 %
JA 2016	100 %	100 %	0 %
JA 2015	100 %	100 %	0 %
JA 2014	100 %	100 %	0 %
JA 2013	100 %	100 %	0 %
JA 2012	100 %	100 %	0 %
II/2018	50 / 50	17 / 24	50 / 50

Ist

HHJ

Plan

Prog./ Abw. M

1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte

1 Integration der Migrationsbevölkerung im Kreis Bergstraße: Steigerung der Anzahl der durchgeführten Integrationskurse

Durchgeführte Integrationskurse

II/2018	46	51	60
I/2018	46	48	60
JA 2017	46	66	43 %

1361 Brand- und Katastrophenschutz

1 Brandschutz: Durchführung der Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist

Durchgeführte Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist / durchzuführende Gefahrenverhütungsschauen

II/2018	100 %	81 %	100 %	
I/2018	100 %	26 %	100 %	
JA 2017	100 %	52 %	-48 %	
JA 2016	100 %	53 %	-47 %	
JA 2015	100 %	46 %	-54 %	
JA 2014	100 %	86 %	-14 %	
JA 2013	100 %	87 %	-13 %	
JA 2012	100 %	92 %	-8 %	
JA 2011	69 %	61 %	-12 %	
JA 2010	69 %	53 %	-23 %	
JA 2009	100 %	59 %	-41 %	
II/2018	120 / 120	97 / 120	120 / 120	

2 Brandschutz: Durchführung mindestens einer Fortbildungsveranstaltung für Feuerwehrführungskräfte nach Dienstgraderlass

Aus- / Fortbildungsstunden je Feuerwehrführungskraft

•		
min. 6	8	8
min. 6	8	8
min. 6	8	33 %
min. 6	8	33 %
min. 6	8	0 %
min. 6	8	33 %
min. 6	8	33 %
min. 6	8	33 %
min. 6	8	33 %
min. 6	8	33 %
min. 6	7	17 %
	min. 6 min. 6 min. 6 min. 6 min. 6 min. 6 min. 6 min. 6	min. 6 8

Produkt:

3 Katastrophenschutz: Erhöhung der Anzahl der Stabsmitglieder

Anzahl der Stabsmitglieder am 31.12.

4 Katastrophenschutz: Weiterführung der Ausbildung der Stabsmitglieder

Thematische Ausbildungsveranstaltungen für die Stabsmitglieder

Gründe der Abweichung: Einarbeitung neuer Mitarbeiter im Fachbereich Brand- und Katastrophenschutz.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Geplante Schulungsmaßnahmen in Q3 + Q4 in Form von abteilungsinternen Stabsschulungen und Schulungen im Katastrophenschutz-Stab.

Plan	Ist	Prog./ Abw.	IVI
80	79	80	
80	79	80	
80	75	-6 %	
100	70	-30 %	
100	70	-30%	
100	89	-11 %	
100	92	-8 %	
100	94	-6 %	
100	95	-5 %	
95	91	-4 %	
92	86	-7 %	
	80 80 100 100 100 100 100 100 95	80 79 80 79 80 75 100 70 100 89 100 92 100 94 100 95 95 91	80 79 80 80 79 80 80 75 -6 % 100 70 -30 % 100 70 -30% 100 89 -11 % 100 92 -8 % 100 94 -6 % 100 95 -5 % 95 91 -4 %

II/2018	min. 4	0	4
I/2018	min. 4	0	4
JA 2017	min. 4	3	-25 %
JA 2016	min. 4	3	-25 %
JA 2015	min. 4	2	-50 %
JA 2014	min. 4	5	25 %
JA 2013	min. 4	5	25 %
JA 2012	min. 4	5	25 %
JA 2011	min. 4	6	50 %
JA 2009	-	6	-

1362 Rettungsdienst

1 Sicherstellung einer bedarfsgerechten und wirtschaftlichen rettungsdienstlichen Versorgung im Kreis Bergstraße nach dem Hessischen Rettungsdienstgesetz

Jedes an einer Straße stattfindende Notfallereignis soll in der Regel innerhalb von zehn Minuten erreicht werden (Hilfsfrist)

Gründe der Abweichung: Zunahme an Infektionserkrankungen im ersten Quartal 2018:

- Verlängerung der Transportzeiten in Zielkrankenhäuser (da die Krankenhäuser ebenfalls durch eine hohe Patientenbeaufschlagung betroffen waren und keine Aufnahmekapazitäten vorhanden waren)
- Fahrzeugausfälle durch Desinfektionsmaßnahmen
- Auswirkungen von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen (Straßenbaumaßnahmen, -sperrungen etc.).

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Verkürzung der Ausrückzeiten sowie Erhöhung der Vorhaltestunden der Rettungsmittel.

II/2018	90 %	87,97 %	88 %	
I/2018	90 %	86,57 %	90 %	
JA 2017	90 %	86,2 %	-4,2 %	

2080 Schülerbeförderung

1 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Auslastung / Sitzplätze

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

II/2018	max. 2	0	0,22	
I/2018	max. 2	0	0,22	
JA 2017	max. 2	0,44	-78 %	
JA 2016	max. 2	1,77	-12 %	
JA 2015	max. 2	1,12	-44 %	
JA 2014	max. 2	0,32	-84 %	
JA 2013	max. 2	0,44	-78 %	
JA 2012	max. 2	0,42	-79 %	
JA 2011	max. 2	0,52	-74 %	
JA 2010	ohne	2	-	
II/2018	max. 17 / 8.998	0 / 8.998	2 / 8.998	

Produkt:

2 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Wartezeit / Verspätung

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

Gründe der Abweichung: Das Straßennetz im Kreis Bergstraße ist auch in 2018 wieder massiv von Baumaßnahmen betroffen. Aufgrund zum Teil großräumiger Umleitungen entstehen neue Verkehrsbeziehungen. Die zusätzliche Verkehrsbelastung auf diesen Streckenabschnitten führt dann zu nicht vermeidbaren Verspätungen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Stand Schülerzeitkarten: November 2017.

Neu: Schülerjahreskarte Hessen - auch Zahlen aus freiem Verkauf.

3 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf die Busqualität

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

HHJ	Plan	ISt	Prog./ Abw.	M
II/2018	max. 2	1,33	2,01	
I/2018	max. 2	1,33	4,00	
JA 2017	max. 2	3,80	90 %	
JA 2016	max. 2	6,43	222 %	
JA 2015	max. 2	5,12	-156 %	
JA 2014	max. 2	1,59	-21 %	
JA 2013	max. 2	2,66	33 %	
JA 2012	max. 2	2,23	12 %	
JA 2011	max. 2	3,90	95 %	
JA 2010	ohne	2	-	
II/2018	max. 17 /	12 /	18 /	
	8.998	8.998	8.998	

Drog / Abw M

.

II/2018	max. 2	0	0,22	
I/2018	max. 2	0	0,22	
JA 2017	max. 2	0,34	-83 %	
JA 2016	max. 2	0,16	-92 %	
JA 2015	max. 2	0,32	-84 %	
JA 2014	max. 2	0,48	<i>-</i> 76 %	
JA 2013	max. 2	0,15	-93 %	
JA 2012	max. 2	0,56	<i>-</i> 72 %	
JA 2011	max. 2	0,26	-87 %	
JA 2010	ohne	1	-	
II/2018	max. 17 / 8.998	0 / 8.998	2 / 8.998	

2100 Kreisvolkshochschule

1 Niedrige Ausfallquote

Anzahl Ausfälle Kurse / Anzahl angebotene geplante Kurse (jeweils ohne Berücksichtigung des Fachbereichs 1 - Gesellschaft)

II/2018	max 25 %	16 %	17 %
I/2018	max 25 %	14 %	15 %
JA 2017	max 25 %	16 %	-36 %
JA 2016	max 25 %	18 %	-28 %
JA 2015	max 25 %	16 %	-36 %
JA 2014	max 25 %	21 %	-16 %
JA 2013	max 25 %	20 %	-20 %
JA 2012	max 25 %	17 %	-32 %
JA 2011	max 25 %	17 %	-32 %
JA 2010	max 25 %	17 %	-32 %
JA 2009	max 25 %	15 %	-40 %
II/2018	max. 254	91 / 576	173
	/ 1.015		/ 1.015

2

Deckungsbeitrag Stufe 1

Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Dozentenhonorare (je in €)

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl zeigt, wie stark die Teilnehmergebühren nach Abzug der Dozentenhonorare zur Deckung der weiteren Kosten beitragen (Quotient aus Gebühreneinnahmen und Honorarausgaben).

II/2018	1,3	1,4	1,3
I/2018	1,3	4,6	1,4
JA 2017	1,4	1,3	-7 %
JA 2016	1,5	1,4	-7 %
JA 2015	1,5	1,5	0 %
JA 2014	1,4	1,4	0 %
JA 2013	1,4	1,4	0 %
JA 2012	1,4	1,4	0 %
JA 2011	1,3	1,4	8 %
JA 2009	-	1,3	-
·	·	·	·

II/2018	910.900 /	411.206 /	805.900 /	
	709.000	294.690	613.200	

Kostendeckung

Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Zuschüsse und Kostenersätze (je in €)

Gründe der Abweichung: Die Deutschkurse für Flüchtlinge wurden pauschal bei der Haushaltsplanung mit 300 T€ bei Ertrag und Aufwand geplant. Der bislang vom Amt für Soziales gemeldete Bedarf wurde abgedeckt – an Ertrag und Aufwand fielen jeweils rund 100 T€ weniger an. Der Zuschussbetrag verändert sich dadurch nicht. Die Betrachtungsweise dieser Kennzahl zeigt nur den Rückgang der Erträge, der in gleichem Maße (bei den Deutschkursen) erfolgte Rückgang der Aufwendungen kann hier nicht abgebildet werden. Tatsächlich kann man insgesamt einen Rückgang des Zuschussbetrages um 25 T€ erkennen, der aus mehreren kleinen Einsparungen resultiert.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Es handelt sich hier lediglich um eine mathematische Gesetzmäßigkeit. Da der prognostizierte Zuschussbetrag gegenüber der Planung niedriger ausfällt, ist nichts zu unternehmen.

Hinweis zum Stichtag: Eine unterjährige Betrachtung der Kennzahl ist nicht sinnvoll, da sowohl der Kreiszuschuss als auch der Landeszuschuss erst zu einem späteren Zeitpunkt überwiesen werden.

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen Gebühreneinnahmen und Einnahmen aus Zuschüssen.

4

Zuschuss in € pro Unterrichtseinheit (UE)

Kennzahl (absolut): Kreis- und Landeszuschuss in €/ UE

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung der Kennzahl ist nicht sinnvoll, da sowohl der Kreiszuschuss als auch der Landeszuschuss erst zu einem späteren Zeitpunkt überwiesen werden.

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl beschreibt das absolute Niveau der Refinanzierung durch Zuschüsse für die Durchführung einer Unterrichtseinheit (Quotient aus Kreis-/Landeszuschuss und Unterrichtseinheiten).

II/2018	61:39	sh. Erl.	59:41	
I/2018	61:39	sh. Erl.	61:39	
JA 2017	51:49	62:38	22 %	
JA 2016	52:48	62:38	19 %	
JA 2015	53:47	56:44	6 %	
JA 2014	52:48	48:52	-8 %	
JA 2013	51:49	52:48	2 %	
JA 2012	52:48	54:46	4 %	
JA 2011	51:49	52:48	2 %	
JA 2009	-	54:46	-	
II/2018	910.900 /	sh. Erl.	805.900 /	
	587.500		562.300	

HHJ

Plan

Prog./ Abw. M

II/2018	29	sh. Erl.	28	
I/2018	29	sh. Erl.	26	
JA 2017	32	23	-28 %	
JA 2016	32	22	-31 %	
JA 2015	30	27	-10 %	
JA 2014	32	37	16 %	
JA 2013	32	32	0 %	
JA 2012	30	28	-7 %	
JA 2011	28	30	7 %	
JA 2009	-	26	-	
11/2018	587 500 /	sh Frl	562 300 /	

II/2018 587.500 /	sh. Erl.	562.300 /	
20.600		19.900	

3120 Unterhaltsvorschussleistungen

1 Die Rückholquote aller Forderungsfälle beträgt 20 %

Summe der Einnahmen nach § 7 UVG x 100 / Summe der Ausgaben ./. Einnahmen nach § 5 UVG Absolute Kennzahl: (in €)

Gründe der Abweichung: Die Aufwendungen im Bereich UVG sind durch die Gesetzesänderung vom 01.07.2017 im Vergleichszeitraum 01.01.-31.08.2017 zu 01.01.-31.08.2018 um das 2,3-fache gestiegen.

II/2018	20 %	10,7 %	15 %	
I/2018	20 %	10,1 %	15 %	
JA 2017	20 %	17,5 %	-13 %	
JA 2016	20 %	19,2 %	-4 %	
JA 2015	20 %	16,1%	-19 %	
JA 2014	20 %	13,2 %	-34 %	
JA 2013	20 %	12 %	-40 %	
JA 2012	20 %	14,6 %	-27 %	
JA 2011	20 %	12,8 %	-36 %	
JA 2010	15 %	12,6 %	-15 %	
JA 2009	20 %	16,9 %	-16 %	
II/2018	-	298.391 /	-	
		278.5327		

3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege

1 Abschluss einer Vereinbarung nach § 8a SGB VIII mit allen Tagespflegepersonen

Abgeschlossene Vereinbarungen

Kennzahl (absolut): Anzahl der Tagespflegepersonen mit abgeschlossener Vereinbarung / Anzahl aller Tagespflegepersonen

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Das Ziel des Abschluss einer Vereinbarung nach § 8a SGB VIII mit allen Tagespflegepersonen wurde bereits im I. Quartal 2018 erreicht.

II/2018	100 %	100 %	100 %	
I/2018	100 %	100 %	100 %	
JA 2017	100 %	100 %	0 %	
II/2018	-	200 / 200	200 / 200	

2 Vorlage eines "Rahmenkonzepts zur Tagespflege"

Vorliegendes Rahmenkonzept

Gründe der Abweichung: Ein Modell des Bundes zur Kindertagespflege endet erst 2018. Die Erkenntnisse aus diesem Modellprojekt sollen in das Rahmenkonzept mit einfließen.

II/2018	1	0	0	
I/2018	1	0	0	
JA 2017	1	0	-100 %	

los Allgomoinon Sozialon

3 Gemeinsame Weiterbildungsangebote in den Kindertageseinrichtungen des Kreises durch die Mitarbeiter-/innen des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) in den Sozialräumen

Anzahl neuer durchgeführter Angebote
 Gründe der Abweichung: Verfahrensabläufe wurd

Gründe der Abweichung: Verfahrensabläufe wurden erst im 1. Quartal 2018 mit einer Dienstanweisung abgeschlossen. Es werden Weiterbildungsangebote entwickelt und durchgeführt, wenn die zeitlichen Ressourcen der Mitarbeiter/-innen des Allgemeinen Sozialen Dienstes bestehen bzw. die Umorganisation im Allgemeinen Sozialen Dienst abgeschlossen ist.

II/2018	ohne	0	0	
I/2018	ohne	0	0	
JA 2017	ohne	0	-100 %	

b Anzahl Teilnehmer/-innenGründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 3a

II/2018	ohne	0	0	
I/2018	ohne	0	0	
JA 2017	ohne	0	-100 %	

3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen

1 Entwicklung von niederschwelligen Jugendhilfeangeboten zur mittel- bzw. langfristigen Reduzierung von Hilfen zur Erziehung

Entwickelte Hilfeangebote im niederschwelligen Bereich

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Es wurde im II. Quartal 2018 mit einem neuen Anbieter die Leistung der Haushaltsunterstützung vereinbart. In weiteren Leistungsvereinbarungen soll diese Leistung mit weiteren Anbietern ebenfalls für Hilfeangebote im niederschwelligen Bereich implementiert werden.

II/2018	ohne	1	1	
I/2018	ohne	1	1	
JA 2017	ohne	5	0 %	

3170 Hilfe zur Erziehung

1 Erarbeitung neuer Qualitätsstandards und Implementierung als verbindliche Arbeitsgrundlage im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD)

Neue Qualitätsstandards liegen vor und sind implementiert

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Überarbeitete Verfahrensabläufe zu § 8a SGB VIII wurden mit einer Dienstanweisung geregelt und Inhalte neu angepasst. Die Entwicklung neuer Qualitätsstandards ist im Jugendamt ein laufender Prozess, um Verfahren und Arbeitsweisen zu regeln. Teilweise machen neue gesetzliche Regelungen die Anpassung von bereits bestehenden Verfahrensabläufen notwendig.

-		•	•	
II/2018	100 %	100 %	100 %	
I/2018	100 %	100 %	100 %	
JA 2017	100 %	50 %	-50 %	

3190 Hilfe für junge Volljährige

1 Erarbeitung von Qualitätsstandards zur Verselbstständigung (Antragstellung, Begleitung Übergänge etc.) und Implementierung als verbindliche Arbeitsgrundlage im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD)

Neue Qualitätsstandards liegen vor und sind implementiert

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl bei Produkt 3170.

II/2018	100 %	100 %	100 %	
I/2018	100 %	100 %	100 %	
JA 2017	100 %	75 %	-25 %	

3200 Eingliederungshilfe

1 Entwicklung und Implementierung neuer Qualitätsstandards und Verfahrensabläufe im Fachdienst Eingliederungshilfe im Zuge der Zusammenlegung der Eingliederungsleistungen SGB XII und SGB VIII

Neue Qualitätsstandards und Verfahrensabläufe liegen vor und wurden implementiert

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Momentan steht die Implementierung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) im Fokus der Arbeit in der Eingliederungshilfe und erfordert zeitnah eine Entwicklung von Verfahrensabläufen. Ein Antrag auf Aufstockung des Personals vor allem im Bereich SGB XII wurde gestellt.

II/2018	100 %	0	0	
I/2018	100 %	0	0	
JA 2017	100 %	30 %	-70 %	

5030 Bauleitplanung

1 Optimierung der Planungsprozesse: Einsatz moderner Medien (z. B. Austausch von Fachdaten und geographischen Daten)

Fristgerecht abgegebene Stellungnahmen

.		,		
II/2018	80 %	80 %	80 %	
I/2018	80 %	81 %	80 %	
JA 2017	80 %	72 %	-10 %	
JA 2016	80 %	87 %	9 %	
JA 2015	80 %	77 %	-4 %	
JA 2014	80 %	76 %	-5 %	
JA 2013	85 %	78 %	-8 %	
JA 2012	85 %	71 %	-16 %	
JA 2011	85 %	84 %	-1 %	
JA 2010	85 %	91 %	7 %	
II/2018	80 / 100	57 / 71	80 / 100	

5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung

1 Kurze Bearbeitungsdauer für Genehmigungsverfahren

Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Antragseingang bis zur Genehmigung (Kalendertage) Gründe der Abweichung: Einarbeitung von neuem Personal im technischen Bereich. Rückkehr aus Elternzeit lediglich im begrenzten zeitlichen Umfang. Hohe Anzahl an bauaufsichtlichen Verfahren.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Gegenwärtig Einarbeitung von neuem Personal.

II/2018	max. 60	76	76	
I/2018	max. 60	88	78	
JA 2017	max. 60	92	-53 %	
JA 2016	max. 60	90	50 %	
JA 2015	max. 60	70	17 %	
JA 2014	max. 60	70	17 %	
JA 2013	max. 60	88	47 %	
JA 2012	max. 60	69	15 %	
JA 2011	max. 60	56	-7 %	
JA 2010	max. 60	46	-23 %	
JA 2009	max. 60	59	-2 %	

5070 Denkmalschutz

1 Erhaltung des Bestandes an erkannten Kulturdenkmälern bzw. wesentlicher Bestandteile von Gesamtanlagen

Anteil untergegangener Kulturdenkmäler bzw. wesentlicher Teile von Gesamtanlagen

	· -			
II/2018	max. 1 %	0,14 %	0,27 %	
I/2018	max. 1 %	0,02 %	0,21 %	
JA 2017	max. 1 %	0,14 %	-86 %	
JA 2016	max. 1 %	0,21 %	-81 %	
JA 2015	max. 1 %	0,21 %	-79 %	
JA 2014	max. 1 %	0,08 %	-92 %	
JA 2013	max. 1 %	0,21 %	-79 %	
JA 2012	max. 1 %	0,23 %	-77 %	
JA 2011	max. 1 %	0,14 %	-86 %	
JA 2010	max. 1 %	0,16 %	-84 %	
JA 2009	max. 1 %	0,42 %	-58 %	
II/2018	max. 58 /	8 / 5.850	16 / 5.850	

II/2018 n	nax. 58 /	8 / 5.850	16 / 5.850	
	5.850			

5080 Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen

1 Fertigung des Zweitbescheides mit vorangegangener Anhörung zur Durchführung der vorgeschriebenen Schornsteinfegerarbeiten auf der Grundlage des Feuerstättenbescheides von dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger

Durchschnittliche Bearbeitungszeit ab Eingang Mängelbericht bis Fertigung Zweitbescheid (Kalendertage)

Gründe der Abweichung: Optimierung der Zusammenarbeit mit den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern. Sofortige Neubesetzung der vakanten Kehrbezirke der in Ruhestand versetzten bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger. Schnellere Reaktion auf Anhörungsschreiben der Eigentümer. Entsprechend den Erfahrungen aus Vorjahren erhöht sich die Anzahl der Fertigung der Zweitbescheide im 2. Halbjahr, sodass die Bearbeitungszeit wieder ansteigt.

II/2018	max. 50	44	48
I/2018	max. 50	41	46
JA 2017	max. 50	49	-2 %
JA 2016	max. 50	47	-6 %
JA 2015	max. 50	42	-16 %

5090 Verwaltung der Kreisstraßen

1 Erreichen der Zustandsklasse unterhalb des Warnwertes von 3,50 für alle Kreisstraßen (Mittelwert)

Zustandsklasse < 3,50 auf der Gesamtstrecke (112,1 km; Stichtag: 31.12.2017)

Gründe der Abweichung: Die Maßnahme K67, OD Rodau, kann nicht vollständig in 2018 abgewickelt werden. Die Maßnahme K25, FS und OD Steinbach, wurde nach 2019 verschoben.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Um für alle Kreisstraßen die Zustandsklasse 3,5 als Obergrenze zu erreichen, sind entsprechende Mittel für die erforderlichen Investitions- und (Wert-)Erhaltungsmaßnahmen bereitzustellen, die deutlich über das derzeitige Niveau hinausgehen müssen. Insbesondere sind Erhaltungsmaßnahmen, grundhafte Erneuerungen und Deckenerneuerungen im Hoch- und Tiefeinbau - auch ohne Förderung durch Bund und Land - notwendig, um den Werteverzehr aufzuhalten. Insbesondere auch im Bereich der Ingenieurbauwerke (Über- und Unterführungen, Stützbauwerke) - deren Zustand sich nicht in der Zustandsklasse spiegelt - ist in den kommenden Jahren mit größerem Erhaltungs-, Instandsetzungs- und Ersatzneubauaufwand zu rechnen.

Erläuterung Kennzahl allgemein: Zustandsklasse 1,00 - 1,49 (besser als 1,5-Wert), Zustandsklasse 1,50 - 3,49 (1,5-Wert überschritten), Zustandsklasse 3,50 - 4,49 (Warnwert überschritten), Zustandsklasse 4,50 - 5,00 (Schwellenwert überschritten).

II/2018	3,95	3,99	3,98
I/2018	3,95	4,07	3,98
JA 2017	3,92	4,00	-2 %
JA 2016	3,79	4,06	7 %
JA 2015	3,95	3,92	-0,8 %
JA 2014	4,19	4,02	-4 %
JA 2013	4,09	4,07	-0,5 %
JA 2012	4,37	4,21	-4 %
JA 2011	4,22	4,11	-3 %
JA 2010	3,95	4,22	7 %
JA 2009	3,95	4,14	5 %

5100 Öffentlicher Personennahverkehr

1 Qualitätssteigerung des Verkehrsangebots

Anzahl der Beschwerden je 100.000 Fahrgäste

II/2018	max. 6	2,0	3,01
I/2018	max. 6	1,15	3,45
JA 2017	max. 6	3,95	-34 %
JA 2016	max. 6	3,31	-45 %
JA 2015	max. 6	1,68	-72 %
JA 2014	max. 6	2,3	-62 %
JA 2013	max. 6	2,2	-63 %
JA 2012	max. 7	1,5	<i>-</i> 79 %
JA 2011	max. 7	2,1	-70 %
JA 2010	max. 7	2,4	-66 %
JA 2009	max. 7	2,4	-66 %
II/2018	max 386 /	129 /	194 /
	6.437.000	6.437.000	6.437.000

5141 Boden- und Gewässerschutz

1 Erhalt und Erhöhung der Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag

Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Es wird weiterhin versucht, die Abschlüsse der Kooperationsverträge zwischen den Landwirten und Wasserversorgern voranzutreiben

II/2018	32	30	32
I/2018	32	30	32
JA 2017	27	30	11 %
JA 2016	27	30	11 %
JA 2015	27	24	-11 %
JA 2014	16	24	50 %
JA 2013	16	20	25 %
JA 2012	15	15	0 %
JA 2011	15	10	-33 %
JA 2010	15	10	-33 %
JA 2009	11	10	-9 %

6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

1 Kreditportfoliomanagement: Liquiditätssicherung, Begrenzung des Zinsänderungsrisikos, Nutzung öffentlicher Finanzierungsmöglichkeiten, Sicherstellung günstiger Marktkonditionen durch Wettbewerbsverfahren

Zinsaufwand Investitionskredite einschließlich Derivate auf Basis der Zinsfestschreibung bzw. Forwardzinssätze: ZinsA + 1,0 % < ZinsA Plan (in €)

Gründe der Abweichung: Der Zinsaufwand hat sich aufgrund der günstigen Zinskonditionen und dem späteren Kreditbedarf positiv entwickelt.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Im Istwert II 2018 sind die Zinsen 2018 für bestehende festverzinsliche Investitionskredite bis auf die Zinsabgrenzung (d.h. im Jahr 2019 fällige, jedoch dem Haushaltsjahr 2018 zuzurechnende Zinsen) bereits in voller Höhe enthalten.

II/2018	468.357	227.962	329.271
I/2018	468.357	227.962	328.412
JA 2017	527.679	357.409	-32 %
JA 2016	604.542	432.957	-28 %
JA 2015	758.346	551.446	-27 %
JA 2014	1.480.417	1.321.246	-11 %
JA 2013	1.703.827	1.430.187	-16 %
JA 2012	1.815.617	1.577.962	-13 %
JA 2011	1.809.218	1.651.822	-9 %
JA 2010	1.831.602	1.722.660	-14 %

2

Zinslastquote = Finanzaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen Kennzahl (absolut): Finanzaufwendungen in Mio. € / Summe der ordentlichen Aufwendungen in Mio. € Gründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung dieser Kennzahl ist nicht sinnvoll, da es sich um jahresbezogene Aufwendungen handelt.

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl "Zinslastquote" zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

II/2018	0,93 %	sh. Erl.	0,53 %	
I/2018	0,93 %	sh. Erl.	0,84 %	
JA 2017	1,58 %	1,10 %	-30 %	
JA 2016	2,00 %	1,73 %	-14 %	
JA 2015	3,28 %	1,77 %	-46 %	
JA 2014	3,36 %	1,62 %	-52 %	
JA 2013	3,57 %	1,77 %	-50 %	
JA 2012	4,27 %	1,91 %	-55 %	
JA 2011	3,19 %	2,25 %	-29 %	
II/2018	4,0309 / 433,3656	sh. Erl.	2,2568 / 423,8029	
	,		,,	